Umfrage: Erwartungen an die neue Regierung



Wie blicken die Bürger:innen nach der vorgezogenen Neuwahl auf die neue Koalition? Was bereitet ihnen Sorgen? In welchen Politikbereichen wünschen sie sich zentrale Verbesserungen? Und welche Unterschiede zeigen sich zwischen verschiedenen Wähler:innengruppen? Für unsere Studie "Guter Start für die neue Bundesregierung?" hat die Gesellschaft für Innovative Marktforschung (GIM) bundesweit mehr als 1.500 Menschen befragt.



Bewertung von Koalitionsvertrag und Regierungshandeln

Die Ergebnisse zeigen eine abwartende, aber verhalten optimistische Haltung: 44% der Befragten bewerten den Koalitionsvertrag als eher gut für Deutschland, 37% als eher schlecht, knapp jede:r fünfte traut sich kein Urteil zu. 61% sehen die Politik in der Lage, die Zukunftsherausforderungen zu bewältigen, während 39% dies verneinen. Insgesamt wird die Arbeit der Koalition als erfolgreich bewertet, wenn:

- → die Regierung trotz politischer Differenzen Kompromisse findet (53%).
- → die Zusammenarbeit ohne internen Streit erfolgt (39%).
- → eine gemeinsame Vision für die Zukunft Deutschlands entwickelt wird (39%).

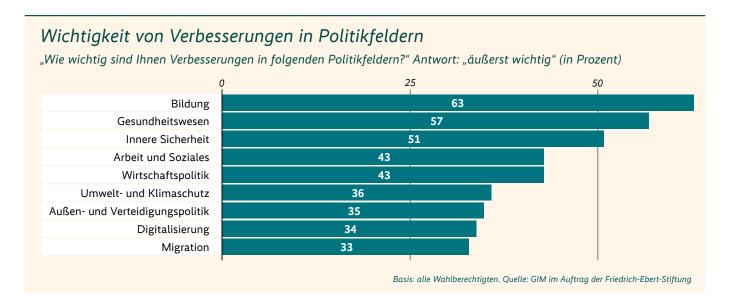
- → die vereinbarten Regierungsziele umgesetzt werden (37%).
- → das Regierungshandeln erklärt und klar kommuniziert wird (32%).

Auffällig ist hier, dass v.a. Jüngere (18-24 Jahre) Wert auf die Umsetzung der Regierungsziele und das Erklären des Regierungshandelns legen. Außerdem unterscheiden sich AfD- und BSW-Anhänger:innen deutlich von allen anderen Wähler:innengruppen: Eine gemeinsame Vision für Deutschland ist ihnen besonders wichtig (48%). Zudem beurteilen sie den Koalitionsvertrag eher negativ (AfD 77%, BSW 71%) und zu fast 80% sprechen sie der Politik die Fähigkeit zur Problemlösung ab.

Die wichtigsten Verbesserungen und politischen Zielsetzungen

Betrachtet man, welche Verbesserungen als "äußerst wichtig" angesehen werden, gibt es drei klare Top-Themen: Bildung (63%), Gesundheitswesen (57%) und innere Sicherheit (51%). Unter Einbeziehung der Wahlabsicht finden sich interessante Muster: Bildung ist für alle ein herausragend wichtiges Thema, außer für jene mit AfD-Wahlabsicht. Diese Gruppe sieht innere Sicherheit (71%) zuerst, dann Gesundheitswesen (65%) und Wirtschaftspolitik (62%). Migration folgt erst an vierter Stelle, sticht aber im Vergleich zu anderen Wähler:innengruppen mit 59% hervor.

Danach gefragt, auf welche maximal zwei politischen Ziele sich die neue Bundesregierung konzentrieren soll, steht klar an erster Stelle ein gerechter Sozialstaat (46%), dicht gefolgt von innovativer Wirtschaft (41%) und auf dem dritten Platz gleichauf Bildungschancen (32%) und Begrenzung der Zuwanderung (32%). Nach Wahlabsicht treten folgende Unterschiede hervor: Anhänger:innen von Union und AfD ist die innovative Wirtschaft wichtiger, Anhänger:innen von SPD und der Linken dagegen ein gerechter Sozialstaat. Für AfD-Anhänger:innen hat die Begrenzung der Zuwanderung deutliche Priorität (81%).



Ausblick und Handlungsempfehlung

Trotz großer Sorgen und konkreten Verbesserungswünschen gibt es für die Befragten auch Gründe zur Zuversicht: Eine funktionierende Demokratie und der Rechtsstaat (64%) sowie das Engagement der Mehrheit der Menschen im Land (60%) geben ihnen Hoffnung. Eine Mehrheit meint sogar, dass die Verhältnisse in Deutschland durchaus besser sind, als in der öffentlichen Debatte dargestellt (57%).

Der pragmatische Blick auf die neue Regierung, ähnliche Einschätzung der Prioritäten, gemeinsame Sorgen, aber auch gemeinsame Gründe zur Zuversicht einen die Anhänger:innen der Parteien in der demokratischen Mitte und insbesondere diejenigen, die mit den Regierungsparteien sympathisieren. Diese Konsenspotenziale sollten von der neuen Koalition genutzt werden, um gemeinsame und tragfähige Lösungen umzusetzen. Zugleich aber muss eine nicht aufschiebbare Herausforderung angegangen werden, denn die Studie zeigt

einmal mehr: Bei einem Teil der Bürger:innen ist die Skepsis gegenüber der Politik groß und das Vertrauen in die Demokratie gering. Sie sind damit immer schwieriger durch politische Angebote von demokratischen Parteien erreichbar.

Studiendesign

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat das Markt- und Sozialforschungsinstitut GIM vom 23. April bis 10. Mai insgesamt 1.563 Personen in Deutschland befragt. Grundgesamtheit war die deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren. Es wurden 801 Personen im Rahmen eines Dual-Frame-Ansatzes (60% Festnetz/40% Mobilfunk) telefonisch und 762 Personen online befragt.

Dieses Factsheet basiert auf Informationen aus der Publikation **7 Guter Start für die neue Bundesregierung?** Jan Niklas Engels, Nicole Loew, Vivien Reining, Nico A. Siegel, Bonn, 2025 26. Juni 2025 · CC BY-SA 4.0



Weitere Informationen zum Projekt:

☐ fes.de/sozial-und-trendforschung/umfrage-erwartungen-an-die-koalition

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Abteilung Analyse, Planung und Beratung Ansprechpersonen: Nicole Loew und Jan Niklas Engels Bereich Empirische Sozial- und Trendforschung Nicole.Loew@fes.de und Jan.Engels@fes.de

